

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

23.06.2021

# Inhalt

## EWN

<b>1   Die neuen Ziele der Amerikaner in Sachen Nord Stream 2</b> DIE WELT, 23.06.2021 .....	3
<b>2   Stahnsdorf will sich gegen Atommüll-Endlager in der Region positionieren</b> MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine), 23.06.2021 .....	5

## Die neuen Ziele der Amerikaner in Sachen Nord Stream 2

### Der Besuch von Außenminister Blinken in Berlin wird überschattet vom Konflikt um die Gaspipeline aus Russland. Jetzt geht es um politische Schadensbegrenzung

Offiziell kommt US-Außenminister Anthony Blinken am Mittwoch für die Libyen-Konferenz nach Berlin. Aber man wird davon ausgehen können, dass Blinken bei seinen Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Heiko Maas auch ein Thema ansprechen wird, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht erst seit dem Amtsantritt von Joe Biden verdunkelt: die Gaspipeline Nord Stream 2, die nicht nur von den Amerikanern, sondern auch von vielen europäischen Partnern als geostrategischer Fehler der Deutschen betrachtet wird.

Ende März, als sich Blinken und Maas in Brüssel zum ersten Mal auf Ministerebene trafen, hatte Blinken noch heftige Kritik an dem deutsch-russischen Projekt geübt und sogar weitere Sanktionen gegen die Pipeline nicht ausgeschlossen. Inzwischen haben die Amerikaner aber ihre Position deutlich gewandelt. Zwar halten sie Nord Stream 2 weiter für eine schlechte Idee. Da sie aber weitgehend fertiggestellt ist, glauben sie nicht mehr daran, die Vollendung des Projektes noch verhindern zu können. Wie aus Washington zu hören ist, glaubt Blinken, das nur noch ein Wahlsieg der Grünen und eine grüne Bundeskanzlerin die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 stoppen könnte. Deshalb hat die Biden-Regierung inzwischen eine deutliche Kehrtwende vollzogen und etwa Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG und deren Geschäftsführer aufgehoben - auch, um das Verhältnis zu Berlin nicht zu belasten. Im Vordergrund steht nun nicht mehr Verhinderung, sondern Schadensbegrenzung.

Blinken hatte die neue, von der Realität aufgezwungene Logik Anfang Juni vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats so begründet: "Unserer Meinung nach wäre es jetzt die schlimmste Entwicklung, wenn die Pipeline fertig gebaut würde, unsere Beziehungen mit Deutschland sich vergiften und es für Deutschland keinen Anreiz gibt, darüber zu verhandeln, die negativen Konsequenzen des Projekts abzuschwächen."

Damals brachte er vor allem finanzielle Kompensation

ins Spiel. Deutschland soll demnach die Ukraine dafür entschädigen, dass sie keine Durchleitungsgebühren mehr für russische Gaslieferungen nach Deutschland erhält, weil die nicht mehr über die alte Pipeline laufen, die durch die Ukraine führt, sondern den direkten Weg durch die Ostsee nehmen.

Für die Ukraine wäre das jedoch nur ein Trostpflaster. Denn für sie hat Nord Stream 2 vor allem schwerwiegende sicherheitspolitische Folgen: Die Pipeline eröffnet den Weg für Moskau, die Ukraine mit der Zurückhaltung von Energielieferungen politisch zu erpressen. Früher war es Moskau nicht möglich, Gas an die Ukraine zurückzuhalten, ohne gleichzeitig den Energiefluss in die EU zu unterbinden. Das wird sich mit Nord Stream 2 ändern, weil es dann einen Weg gibt, russisches Gas ins deutsche Netz zu liefern, ohne die Pipelines durch die Ukraine zu nutzen. Wladimir Putin hat vor einigen Wochen genau dieses Szenario ausgemalt, als er der Ukraine mit der Abriegelung des Gasflusses drohte, wenn Kiew sich nicht wohlverhalte gegenüber Russland. Das macht genau jenes Erpressungspotenzial deutlich, vor dem Kritiker von Nord Stream 2 immer gewarnt haben.

Um den ukrainischen Bedenken entgegenzukommen, wollen die Amerikaner die Bundesregierung offenbar dazu bewegen, sich auf bestimmte Schritte zu verpflichten, sollte Russland die Ukraine in Zukunft mit der Energiewaffe erpressen. Ein politischer Maßnahmenkatalog, der über die von Washington angestrebten wirtschaftlichen Kompensationszahlungen deutlich hinausgeht.

Die Osteuropäer fühlen sich derweil von der Biden-Regierung im Stich gelassen, die das Verhältnis zu Moskau und Berlin offenbar wichtiger nimmt als deren Sicherheitsinteressen. "Was man vertraulich hört: Viele Anführer in Zentral- und Osteuropa fühlen sich wegen der Nord-Stream-2-Entscheidung verkauft von der Biden-Regierung", meint Jakub Janda, Leiter des European Values Center for Security in Prag. "Nicht

nur die Entscheidung an sich, sondern auch die Art der Kommunikation wird als mangelndes Interesse an den Verbündeten in der Region gesehen.“ Das weckt Erinnerungen an den Beginn der Obama-Regierung, die osteuropäische Verbündete 2009 ebenfalls vor den Kopf schlug, als sie die Pläne einstampfte, Raketenabwehrstationen in Tschechien und Polen zu bauen, ohne die dortigen Verbündeten vorher zu konsultieren.

Für weitere Verwirrung und Unmut sorgte nun Bidens Nationaler Sicherheitsberater Andrew Sullivan, der im jüngsten Interview mit CNN ein fadenscheinig anmutendes Argument anführte, warum die Biden-Regierung die Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG und deren Chef Matthias Warnig aufgehoben habe.

Sullivan sagte, die AG und Warnig seien nicht russisch. Was technisch zwar stimmt, jedoch keinerlei Bedeutung hat. Die Nord Stream 2 AG ist zwar in der Schweiz registriert, gehört aber zu 100 Prozent dem russischen Staatsunternehmen Gazprom - und ihr Chef Warnig ist zwar Deutscher, aber ein enger Vertrauter von Putin und tief verflochten mit dessen korruptem Regime. Sullivan erweckte also den Eindruck, mit unlauteren und irreführenden Argumenten zu hantieren, um der auch im US-Kongress umstrittenen neuen Politik der Biden-Regierung in Sachen Nord Stream 2 einen positiven Spin zu verpassen. Angesichts der Kritik in den USA wird Blinken versuchen, die Deutschen in Sachen Schadensreduzierung wenigstens zu einigen substantiellen Zugeständnissen zu bewegen.

 MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine) | 23.06.2021 Konstanze Kobel-Höller WEBLINK

## Stahnsdorf will sich gegen Atommüll-Endlager in der Region positionieren

*Stahnsdorf macht sich Sorgen, dass eine Endlagerstätte für ausgebrannte Nuklearbrennstoffe in der Region untergebracht werden könnte. Aus diesem Grund möchte es sich frühzeitig dagegen positionieren, beschloss nun die Gemeindevertretung.*

**Stahnsdorf.** Gegen eine Endlagerstätte für ausgebrannte Nuklearbrennstoffe in der Region soll sich die Gemeinde Stahnsdorf positionieren. Das beschloss die Gemeindevertretung mehrheitlich. Die Diskussion darum spiegelte zuvor alle Facetten wieder: Dass man ja wohl kaum gegen einen solchen Antrag stimmen könne, meinten die einen. Dass man nicht vergessen solle, dass so eine Endlagerung auch entsprechend vergütet sei, gab Christian Kümpel (FDP) zu bedenken. „Und wir wissen alle, dass Stahnsdorf finanzielle Probleme hat.“ Andere bezweifelten, dass die Region mit dem angrenzenden Berlin überhaupt ernsthaft in Frage kommen würde. Lesen Sie auch Stahnsdorfer Fraktion hat Angst vor atomarem Endlager in der Region Teltow Teltow-Fläming: Suche nach Endla-

ger für Atommüll geht weiter Suche nach Endlager für Atommüll: Auch Brandenburg kommt in Frage Alexander Schweda (CDU Stahnsdorf) erläuterte wie schon im Regionalausschuss, dass bei der Suche nach dem geeigneten Standort nach einem Bundesgesetz vorgegangen werde. Derzeit kämen mehr als 50 Prozent des Bundesgebietes in Frage, als nächstes würde auf weitere Fragen wie topographische Aspekte eingegangen. Am Ende gebe es noch ein umfangreiches Beteiligungsverfahren. Schließlich stimmten zwölf Gemeindevertreter dafür, dass sich Stahnsdorf in Abstimmung mit Teltow und Kleinmachnow frühzeitig gegen ein Endlager positionieren solle, vier sagten „Nein“ und acht enthielten sich der Stimme.